



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Resultat und die Bedeutung der amerikanischen Präsidentenwahl.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das Resultat und die Bedeutung der amerikanischen Präsidentenwahl.

Der erbitterte Wahlkampf, der Monate hindurch die verschiedenen Einzelstaaten der nordamerikanischen Union durchtobte, hat in der Entscheidungsschlacht vom 2. November d. J. sein Ende erreicht. Die Partei der Republikaner hat über die der Demokraten den Sieg davongetragen, insofern die Mehrzahl der gewählten Electoren oder Präsidentenwähler am 1. December ihre Stimmen für James A. Garfield als Präsidenten und für Chester A. Arthur als Vicepräsidenten abgeben wird. Zwar ist die republikanische Majorität nicht glänzend, allein sie ist doch immerhin so stark, daß bei der officiellen Zählung der Electoralstimmen kein ernstlicher Streit darüber entstehen kann, ob Garfield mit vollem Rechte und in der That als der Amtsnachfolger des Präsidenten Hayes am 4. März 1881 in das „Weiße Haus“ einziehen soll. Würden aber dennoch einige südliche Heißsporne sich verleiten lassen, Protest gegen Garfields Erwählung zu erheben, so dürfte derselbe voraussichtlich sehr bald wirkungslos verhallen. So unerquickliche Vorgänge, wie sie bei der Amtseinführung des Präsidenten Hayes im Jahre 1877 stattfanden, sind in keiner Weise zu erwarten. Offenbar liegt es im eignen Interesse der demokratischen Partei, wenn sie ihre Niederlage mit möglichster Ruhe hinnimmt und fortan ihre Ehre darin sucht, durch Verfolgung einer weisen Politik ihre Gegner in der nationalen Gesetzgebung und in den Legislaturen der Einzelstaaten der Union zu überbieten; nur so und nicht anders wird es ihr möglich werden, nach Verlauf von vier Jahren bei der neuen Präsidentenwahl den Kampf um das nationale Regiment mit Aussicht auf Erfolg wieder aufzunehmen. Durch das Resultat des diesjährigen Präsidentenwahlkampfes ist die Fortdauer der Herrschaft der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten bis zum 4. März 1885 gesichert.

Fragen wir nun aber, worin die Bedeutung des Sieges der republikanischen Partei der Hauptsache nach liegt, so dürften vornehmlich folgende drei Grenzboten IV. 1880.

Punkte ins Auge zu fassen sein: die Finanzfrage, die Aemterfrage und die nationale Frage oder das Verhältniß des Südens zum Norden der Union.

Was zunächst die Finanzfrage betrifft, so sind die gegenwärtig so günstigen finanziellen Zustände der Vereinigten Staaten durch den Sieg der republikanischen Partei möglichst gesichert. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß die von den Demokraten so hartnäckig bekämpfte und doch in ihren Folgen so wohlthätige Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung, welche am 1. Januar 1879 ins Leben trat, sobald wieder rückgängig gemacht werde. Zwar wäre es selbst den Demokraten, für den Fall, daß sie durch Erwählung des Generals Hancock das Heft der Regierung in die Hände bekommen hätten, kaum möglich gewesen, sofort und direct das System des uneinlösbaren Papiergeldes wieder einzuführen, aber auf indirectem Wege würden sie denselben Zweck erreicht haben, und zwar durch Zerstörung des jetzt bestehenden Nationalbanksystems und Umwechslung der Nationalbanknoten gegen minderwerthiges Papiergeld. Dafür, daß dies die Absicht der Demokraten war, sprechen verschiedene Thatsachen, namentlich die wiederholten Beschlüsse demokratischer Staatsconventionen. Und doch ist das System der Nationalbanken das beste und sicherste, welches die nordamerikanische Union je besaß, vielleicht das beste und sicherste, welches überhaupt gegenwärtig existiert. Wohl stützen sich auch die Nationalbanknoten auf den Credit der Union, indem sie auf hinterlegten Regierungsbonds ruhen; aber sie haben zwei weitere Eigenschaften, die sie auszeichnen. Einmal müssen die Nationalbanken ebenfalls eine Goldreserve haben, um ihre Noten einzulösen sobald es keine Vereinigten Staaten-Schatzamtnoten mehr giebt; zweitens steht die Bundesregierung nicht direct für sie ein. Die Noten der Nationalbanken können nicht, wie die Schatzamtnoten, sobald die gerade im Congreß herrschende Partei es will, ins Endlose vermehrt werden. Sie bilden keine Gefahr für das Geschäftsleben und können keine Veranlassung zum Mißtrauen geben. Der Credit der Union kann niemals durch sie gefährdet werden, denn erstens ist ihre Menge, was die einzelnen Bonds anbetrißt, beschränkt, zweitens stehen sie unter der schärfsten Controle, und drittens sind es Privat institute, die lediglich nach Bedürfniß gegründet und, wenn sie sich nicht rentieren, ohne jeden Verlust für die Nation wieder aufgegeben werden. Auch die Depositen haben während des achtzehnjährigen Bestehens der Nationalbanken keinen irgendwie nennenswerthen Verlust gehabt. Die Noten dieser Banken haben in allen Theilen des Landes gleichen Werth und sind vortreffliche, zuverlässige Ausgleichungsmittel für alle Arten von Geschäften, namentlich in Amerika, wo bekanntlich im gewöhnlichen Geschäftsleben so wenig Hartgeld circuliert. Aus diesem Grunde, wenn aus keinem andern, ist die Erhaltung der Nationalbanken durch den Sieg der republikanischen Partei von der höchsten Bedeutung, und es erklärt sich, daß

die Geschäftswelt am 2. November mit großer Energie und Einstimmigkeit für die Candidaten der Republikaner in die Schranken trat. Außerdem aber herrscht in der republikanischen Partei ganz entschieden eine mächtige Strömung zu Gunsten der ehrlichen Erfüllung aller nationalen Verpflichtungen, der festen Aufrechterhaltung des öffentlichen Credits der Vereinigten Staaten und der gesunden Hartgeldpolitik, während die große Mehrzahl der demokratischen Partei und ihrer Führer dem Papier- und Silbergeldschwindel huldigt und kein Bedenken trägt, die Nationalschuld mit minderwerthigem Gelde zu bezahlen. Durch die Erwählung von James A. Garfield ist nun die ganze Finanzfrage für mindestens vier Jahre gesichert, die gegenwärtige Prosperität der amerikanischen Nation erscheint nicht gefährdet, Handel und Industrie, soweit nicht durch äußere Einflüsse, die sich der Machtsphäre der Bundesregierung entziehen, nachtheilig afficiert, werden sich in dem bisherigen Maße weiter entwickeln, der Credit der Union wird sich auf seiner jetzigen Höhe erhalten, ja selbst die Mängel, an welchen das amerikanische Währungssystem in Folge der ihrer Zeit vielfach besprochenen Wandschen Silberbill etwa noch leidet, dürften durch den am 4. März 1881 zusammentretenden neuen Congreß beseitigt werden. Auch die republikanische Partei will reichliches Silbergeld, aber wesentlich nur als Scheidemünze (currency), auch sie will das Silber als Product des Landes möglichst im Werthe erhalten und es deshalb nur in beschränktem Maße zum Legal Tender, d. h. zum Zwangszahlungsmittel machen. Die Vermehrung des Silbergeldes nach Millionen über den jetzigen Bestand hinaus würde für die Vereinigten Staaten zur großen Gefahr werden.

Wie aber hinsichtlich der Finanzfrage, so ist auch hinsichtlich der Aemterfrage, die in der nordamerikanischen Union bekanntlich seit langer Zeit eine Hauptrolle spielt, der Sieg der republikanischen Partei von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wären die Demokraten ans Ruder gekommen, so würde ganz bestimmt in der Besetzung sämmtlicher Bundesämter, welche die Unionsregierung zu vergeben hat und deren Anzahl nicht gering ist, eine vollständige Revolution Platz gegriffen haben. Anders ist dies bei dem Siege der republikanischen Partei. Präsident Hayes hat in anerkennenswerther Weise eine Reform des Civildienstes angebahnt, indem er einerseits bei der Verleihung von Bundesämtern mehr Gewicht auf die Ehrlichkeit und Fähigkeit der anzustellenden Beamten legte als auf geleistete Parteidienste, anderentheils aber nicht nur Republikaner, d. h. Mitglieder seiner eignen Partei, sondern auch Demokraten in Bundesämter einführte. Außerdem aber befinden sich in der republikanischen Partei viele hervorragende Führer, die einer systematischen und permanenten Reform des Civildienstes geneigt sind, was bei der demokratischen Partei viel weniger der Fall ist; diese Führer unterwerfen sich auch nicht gern

einer strikten, rigorosen Parteidisziplin, wodurch sie sich von den Professionspolitikern unterscheiden, die nur an Gefinnungsgenossen Aemter verliehen haben wollen. Die von der Hayes-Administration in Bezug auf das Aemterwesen befolgte Reformpolitik hat nicht wenig zum Erfolge der republikanischen Partei beigetragen, und letztere würde bei der Präsidentenwahl im Jahre 1884 sicherlich an Boden verlieren, wenn die Garfield-Administration nicht den Ausdruck des Präsidenten Hayes beachtet: „Derjenige dient seiner Partei am besten, der seinem Lande am besten dient.“ General James A. Garfield hat nun aber in seiner Congreßlaufbahn Erfahrungen genug gemacht, um die Mängel des öffentlichen Dienstes in den Vereinigten Staaten zu erkennen und auf deren Entfernung hinzuwirken. So oft das Aemterwesen in der Bundeslegislatur zur Sprache kam, äußerte er sich in einer Weise, die zu der Annahme berechtigt, daß er sich selbst untreu werden müßte, wenn er als Präsident nicht mit aller Macht bestrebt sein wollte, die von seinem Amtsvorgänger im Civildienste eingeführten Reformen nicht nur beizubehalten, sondern nach Möglichkeit zu vervollständigen.

Der dritte Punkt, welcher der Erwählung Garfields eine hohe Bedeutung beilegt, ist die sogenannte sectionelle Frage, d. h. das politische und sociale Verhältniß zwischen dem Süden und Norden der Union. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Stärke der demokratischen Partei in den Südstaaten, den frühern Sklavenstaaten, liegt. Die frühern Sklavenhalter können noch immer nicht vergessen, daß sie viele Jahre hindurch eine nahezu unbedingte Herrschaft über die Union ausgeübt haben; selbst ihre Niederlage im Bürgerkriege hat sie nicht gründlich gebessert, sie hoffen noch immer, wenn sie in den Besitz der Bundesregierung kämen, die Resultate des Bürgerkrieges in wesentlichen Punkten umzuändern, vielleicht sogar das Institut der Negerklaverei, wenn auch in abgeschwächter Form, wieder einzuführen. Den sittlichen und nationalökonomischen Werth der Arbeit hat der echte Südländer noch jetzt nicht begriffen, er hält sich zur Herrschaft prädestiniert und wird dabei von seinen nördlichen Gefinnungsgenossen unterstützt. Während einige klarblickende südliche Politiker sich der durch den Bürgerkrieg herbeigeführten neuen Ordnung der Dinge anbequemt haben und, jeden Gedanken an eine abermalige Seceßion aufgebend, sich wieder als Bürger der großen und einigen Republik der Vereinigten Staaten fühlen, sah eine große Anzahl — und darunter die einflußreichsten Parteiführer — noch immer dem heißersehnten Ereigniß eines demokratischen Triumphes, der ihnen ein geheimnißvolles Etwas bringen würde, entgegen. Und so strebten denn diese durch Ehrgeiz und Herrschsucht verblendeten Südländer darauf hin, den Süden „solidarisch“ zu machen, durch Mittel, die den Grundsätzen, auf welchen ein geordnetes republikanisches Gemeinwesen und eine nationale Regierung beruhen,

so direct entgegenstehen, daß sie ihre eignen Gemeinwesen in Aufregung und ungeordneten Zuständen und die Union im allgemeinen in steter Besorgniß erhielten. Was sie durch ein solches Beginnen gewannen, das hat die letzte Präsidentenwahl gelehrt. Alle Südstaaten standen als eine kleine Minorität auf der einen und die Nordstaaten, geringe Ausnahmen abgerechnet, als eine achtungsgebietende Majorität auf der andern Seite. Die demokratische Partei hatte den compacten Süden und der compacte Süden hatte die demokratische Partei, aber beide hatten nichts weiter. „Wünscht der Süden,“ sagte deshalb Karl Schurz mit Recht in einer Rede, die er während des letzten Präsidentenwahlkampfes im Cooper-Institut zu New-York hielt, „nicht vorzugsweise als Süden zu gelten, dann muß er sich nicht stets nur als solcher gerieren; der Norden fühlt sich naturgemäß nur als Norden, weil der Süden ihn dazu zwingt. Die Südländer dürfen davon überzeugt sein, daß die Nordländer ihnen wohlwollen, sobald die Südländer ihre Separatstellung aufgeben und gemeinsam mit dem Norden in ehrlicher Arbeit an dem Gedeihen der Gesamtnation mitwirken. Wir im Norden freuen uns, wenn der Süden prosperiert, denn die Prosperität eines Landestheiles kommt allen zu Gute. Auch ist die republikanische Partei weit davon entfernt, sectionellen Haß zu hegen. Einige Ausnahmen sind ohne alle Bedeutung. Das Beste, was der Süden in seinem eignen Interesse thun kann, ist, die vagen Träume von einer Macht aufzugeben, welche er sich von dem Siege der Demokraten verspricht, die Rechte anderer zu achten und Ordnung und allgemeine Gerechtigkeit bei sich einzuführen. Es ist meine aufrichtige Ueberzeugung, daß ihm nichts Besseres zustoßen kann als ein neuer Beweis von der Vergeblichkeit der Versuche der demokratischen Partei, in ihrer jetzigen Gestalt in den Besitz der nationalen Macht zu gelangen. Es würde das alle störenden Illusionen beseitigen und dem Süden eine klare Auffassung der Dinge wiedergeben. Es würde ihm das die Thorheit aller Anstrengungen beweisen, sich zur herrschenden Macht zu machen. Es würde das die guten Bürger dort stärken, welche zwar einst eine Seceffion befürworteten, jetzt aber mit den andern Landestheilen aufrichtig Hand in Hand gehen wollen. Wenn sich Südländer darüber beklagen, daß aus ihrer politischen Haltung im Norden Capital geschlagen wird, dann steht es bei ihnen, dieses Capital selbst zu zerstören. Nichts ist besser als eine vollständige demokratische Niederlage, um den Süden auf die Discussion und Lösung lebensfähiger Fragen hinzuführen und ihn dazu zu veranlassen, daß er, statt Schwarze und Weiße aufeinander zu hegen, jedem seine richtige Stellung anweist und dem Schwachen den Schutz des Starken angedeihen läßt.“

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird die demokratische Partei, wenn anders sie Aussicht auf Fortbestand haben will, sich durch ihre Niederlage be-

stimmen lassen, den ungesunden particularistischen Antagonismus aufzugeben, die sectionellen Vorurtheile fahren zu lassen und die nationale Autorität anzuerkennen gegenüber der beschränkten Souveränität der einzelnen Unionsstaaten. General Garfield wird einem unionstreuen Süden ebenso freundlich entgegenkommen, wie es Präsident Hayes gethan hat, einem störrigen, antinationalen Süden aber ebenso fest entgetreten wie sein Vorgänger im Präsidentenamte. Schon der Selbsterhaltungstrieb sollte den Süden über die wirkliche Lage der Dinge aufklären und ihn sein Heil in einem engern, aufrichtigerem Anschluß an den Norden suchen und finden lassen. Daß dies geschehen wird, ist die Hoffnung aller wahren Unionsfreunde, umsomehr, als auch der Congress, wenigstens das Repräsentantenhaus, im nächsten Jahre in der Mehrheit aus Mitgliedern der republikanischen Partei bestehen wird. Die Bundesregierung und die Bundesgesetzgebung werden dann nicht, wie dies jetzt der Fall ist, über die wichtigsten Fragen mit einander streiten, sondern gemeinsam das Wohl des ganzen Landes zu fördern suchen.

Der Junker Bismarck.

Als Bismarck sich zuerst am öffentlichen Leben betheiligte, hingen ihm seine Gegner die Bezeichnung „Junker“ an, und diese blieb für viele bis 1866, für gewisse besonders „gestimmungstüchtige“ bis heute in der Mode. Fragen wir nach der Bedeutung des Wortes, so ist Junker zunächst der junge Herr im Gegensatz zum alten, der Sohn aus adelichem Geschlechte gegenüber dem als Senior des Hauses fungierenden Vater. In verschiedenen Theilen Deutschlands wird es noch jetzt in diesem Sinne von Dienstleuten gebraucht, welche die Kinder eines Landedelmannes warten. So lange die Offiziere der Armeen ausschließlich aus den Reihen des Adels genommen wurden, war selbstverständlich jeder derselben Anfangs ein Junker, und so wurde das Wort der offizielle Titel für den niedrigsten Grad auf der Stufenleiter des Offiziersstandes. Da zu gleicher Zeit die höheren Dienststellen an den Höfen nur mit Adlichen besetzt wurden, so gab es neben den Fahnenjunkern auch Kammer- und Jagdjunker. Abgesehen hiervon nahm der Terminus Junker allmählich die Summe der Eigenschaften in sich auf, denen man gewöhnlich bei jungen Edelleuten vom Lande und im Militär begegnete, und bezeichnete Stolz auf Familie und Beruf und übermüthige Dreistigkeit mit einem Beigeschmacke von nobler Passion und